

Zur Person Beschuldigter

Der brasilianische Präsident **Michel Temer** muss um sein Amt bangen. Als erstes Staatsoberhaupt in der Geschichte des fünftgrößten Landes der Welt wurde Temer während seiner Amtszeit wegen Korruptionsverdachts angeklagt. Generalstaatsanwalt Rodrigo Janot reichte die Klage beim Obersten Gerichtshof in Brasilia ein.

Der 76-Jährige soll jahrelang Schmiergelder für seine Partei PMDB von dem Unternehmer Joesley Batista kassiert haben. Der Besitzer des größten Fleischkonzerns der Welt, JBS, hatte Temer angezeigt. In einem Untersuchungsbericht wirft die Bundespolizei dem Staatsoberhaupt zudem vor, Ermittlungen durch die Zahlung von Schweigegeld an den inzwischen inhaftierten früheren Parlamentspräsidenten Eduardo Cunha behindert zu haben.

Temer war Mitte vergangenen Jahres nach einem umstrittenen Amtsenthebungsverfahren gegen die linke Präsidentin Dilma Rousseff an die Macht gekommen. Der bei seinen Landsleuten äußerst unbeliebte Konservative steht seit Wochen am Pranger – die Zustimmung zu seiner Amtsführung ist auf sieben Prozent gesunken.

Die Anklage gegen Temer könnte noch um weitere Punkte erweitert werden; der Präsident soll in weitere Korruptionsfälle verwickelt sein, und ihm wird die Behinderung der Justiz angelastet. Ob es zum Verfahren kommt, hängt von zwei Hürden ab: Zunächst müssten zwei Drittel der Volksvertreter im Parlament für die Aufhebung der Immunität stimmen – mindestens 342 der 513 Abgeordneten. Nach jetzigem Stand ist das unwahrscheinlich. Danach müssten die Gerichte für ein Verfahren stimmen; dann wäre Temer zunächst für 180 Tage seiner Aufgaben entbunden.

Temer gibt sich unbeeindruckt: „Nichts wird uns zerstören – nicht mich und nicht unsere Minister.“ (dpa/AFP)



Dem brasilianischen Präsidenten Michel Temer wird Korruption vorgeworfen. FOTO: AFP

Metropolen im Dauerstau

Wie Afrikas Hauptstädte den Verkehrsinfarkt bekämpfen: Ein Besuch in Nairobi und Addis Abeba

Von Ulrich Mendelin

NAIROBI/ADDIS ABEBA - Der Mini-bus bietet Platz für 14 Passagiere. Jedenfalls offiziell. Fast doppelt so viele Menschen quetschen sich bereits auf die Sitze des Matatus, wie die Kleinbusse hier in Nairobi genannt werden. Und der Kassierer ruft noch immer das Fahrziel in die Menschenmenge, um weitere Kunden zu gewinnen. Es wird sich schon noch ein Plätzchen finden, schließlich bringt jeder Fahrgast bares Geld.

Wie viele schnell wachsende Metropolen in Afrika platzt Kenias Hauptstadt Nairobi aus allen Nähten. Knapp vier Millionen Menschen wohnen hier, weitere drei Millionen Pendler kommen Tag für Tag aus dem Umland in die Hauptstadt. Aber öffentliche Züge oder Busse gibt es nicht. Wer in die Stadt kommen will, muss laufen – oder sich in eines der 15 000 Matatus quetschen. Die privaten Kleinbusse gelten als dreckig, chaotisch – und unverzichtbar. Das lässt sich jeden Nachmittag auf der belebten Tom-Mboya-Street im Herzen von Nairobi besichtigen.

Alle Straßen verstopft

Bis in die Seitenstraßen hinein verstopfen Matatus die Wege. Die Fahrzeuge sind grell lackiert und oft mit frommen Sprüchen verziert wie „Gott ist fähig“ oder „Nichts als Gebete“. Zu einem Stoßgebet dürfte manche Kunden allein schon der Fahrstil des Fahrers verleiten. Die Matatus, die vom Zentrum ins Sommer-Viertel Eastleigh verkehren, gelten als besonders berüchtigt: Die schlechtesten Fahrer, die lauteste Musik. Auch aus den anderen Bussen wummern tiefe Bässe. Ein Fahrer steuert sein Matatu routiniert über den Bordstein, Fußgänger springen zur Seite.

Dass es in der Stadt an Umgehungsstraßen fehlt und der gesamte Autoverkehr sich im Zentrum ballt, macht die Sache nicht besser. Nairobi-Pendler stehen eigentlich immer im Stau, egal ob sie im Bus unterwegs sind oder ob sie sich ein eigenes Auto leisten können.

Eine 2011 veröffentlichte Studie listete Nairobi als die viertschlimmste Stadt der Welt für Pendler auf – und die schlimmste in Afrika. Kenias Wirtschaft wächst stetig, und fast die Hälfte des Bruttoinlandsprodukts wird in der Hauptstadtregion erwirtschaftet. Das heißt auch: Immer mehr Menschen können sich ein eigenes Auto leisten. „Der Ausbau der Straßen kann mit dieser Entwicklung aber nicht Schritt halten“, sagt Ibrahim Thiaw. Er ist der Vizechef des in Nairobi ansässigen Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP) und viel in der Welt unterwegs. „Manchmal verbringe ich mehr Zeit auf dem Weg zum Flughafen als in der Luft“, klagt er. „Nairobi braucht ein öffentliches Nahverkehrssystem, anders geht es nicht.“



Bunt, laut, chaotisch: Szenen aus dem Straßenverkehr in Nairobi.



FOTOS: DPA/UME/OH/FAF

Dafür gibt es nun erste Ansätze: Die gerade erst geschaffene Nahverkehrsbehörde für Nairobi plant fünf Schnellbuslinien, mit eigenen Busspuren, um dem Stau zu entkommen. Bei einer der Linien sind die deutsche Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ) und die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) im Boot. Bis 2025 soll das erste Nahverkehrssystem in der Geschichte der Millionenmetropole in Betrieb sein. Doch das zeigt sich schon das erste Problem: Innerhalb der nächsten 15 Jahre wird sich die Einwohnerzahl von Nairobi Schätzungen zufolge verdoppeln. Mit diesem Tempo können die Verkehrsplaner kaum mithalten.

China ist gut im Geschäft
Das es auch schneller geht, zeigt sich in Kenias Nachbarland Äthiopien. Dessen Hauptstadt Addis Abeba verzeichnet wie Nairobi ein rasantes Wachstum. Doch während die Kenianer noch an fünf Schnellbuslinien tüfteln, ist in der äthiopischen Metropole gerade ein hypermodernes Schnellbahnsystem eingeweiht worden – geplant, gebaut und finanziert von Firmen aus China. In Äthiopien, wo im Umland der Hauptstadt Bauern noch Subsistenzwirtschaft betreiben, wirkt die Bahn wie aus einer anderen Welt. „Wir haben 60 000 Fahrgäste am Tag erwartet, tatsächlich waren es dann aber schnell 120 000“, sagt Solomon Kidane von der – ebenso wie in Nairobi erst kürzlich gegründeten – lokalen Transportbehörde. „Manche Leute fahren einfach aus Spaß mit dem Zug“, sagt der Verkehrsplaner. „Und manche sogar, um die Menschenmenge im Zug zu erleben.“ Die ist in der Tat beträchtlich: In den Zügen drängen sich die Passagiere dicht an dicht. Weitere Schnellbahnen sind aber nicht geplant, stattdessen setzt man wie in Nairobi auf Schnellbusse. Gleichzeitig steigert sich die Zahl der Privat-

Profitabel für Politiker

Außerdem sind die Matatus für ihre Besitzer ein profitables Geschäft. Nicht unbedingt für die Fahrer, die die Busse tageweise für einen Festbetrag mieten und auch deswegen so viele Menschen wie möglich auf die Sitzbänke quetschen. Aber für die Geschäftsmänner dahinter, bei denen es sich oft um Politiker handelt. „Die Matatu-Industrie ist sehr mächtig“, sagt denn auch James Theuri, der das Schnellbus-Projekt koordiniert. Ziel ist es, den bisherigen Mo-

topolisten eine neue Rolle als Zubringer zu den Schnellbus-Stops zuzuweisen. Ob sich die Matatu-Bosse damit zufriedengeben, ist offen.

autos in Addis Abeba jedes Jahr um 14 Prozent. Kindanes Ziel ist es, ihren Anteil am Gesamtverkehr zumindest nicht wachsen zu lassen.
In Kenia können sie von so einer zügigen Verkehrsplanung nur träumen. Das liegt wohl auch daran, dass im autoritär regierten Äthiopien Entwicklungsprojekte schneller vorangebracht werden können als im Mehrparteienstaat Kenia, wo in diesem Jahr zudem noch der Wahlkampf viele Projekte verzögert: Im August wählen die Kenianer ihren Präsidenten und das Parlament neu.
Gewählt wird auch unter Matatu-Fahrern: In regelmäßigen Wettbewerben küren sie den protzigsten Minibus. Mit buntem Lack und ein paar Lämpchen ist es dabei nicht getan. Wer in einem solchen Wettbewerb bestehen will, muss seinen Fahrgästen beispielsweise einen Bus mit gläsernem Boden bieten. Auch ein Aquarium an Bord gibt Punkte. Städtische Schnellbusse werden die Pendler in Nairobi zwar womöglich eines Tages schneller ans Ziel bringen – aber auf solche Extras müssen die Kunden dann wohl verzichten.

Die Recherche für diesen Artikel wurde unterstützt von der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen.
www.dgvn.de

Gericht: Niederlande tragen Mitschuld an Srebrenica-Toten

DEN HAAG (dpa) - Mehr als 20 Jahre nach dem Völkermord im bosnischen Srebrenica hat ein Gericht den niederländischen Staat für den Tod von rund 350 Muslimen mitverantwortlich gemacht. Die niederländische UN-Truppe Dutchbat hätte diese Flüchtlinge besser schützen müssen, stellte das Zivilgericht in Den Haag in der Berufung fest. Daher sei der Staat zum Teil haftbar. Damit bestätigte das Gericht das Urteil der ersten Instanz, die 2014 eine Mitverantwortung des Heimatstaates einer UN-Truppe für Kriegsverbrechen Dritter festgestellt hatte. Allerdings schränkte das Berufungsgericht die Haftung des Staates deutlich ein.

Im Bosnien-Krieg hatten serbische Einheiten unter dem Kommando von General Ratko Mladic im Juli 1995 die UN-Schutzzone Srebrenica überannt. Die niederländischen Blauhelme, die die Zehntausenden Flüchtlinge schützen sollten, hatten die Enklave den Serben kampflos übergeben. Anschließend hatten die Serben rund 8000 bosnische Männer und Jungen ermordet.

Kurz berichtet

Rumänische Polizei entdeckt 91 Menschen in Lastwagen

BUKAREST (AFP) - Die rumänische Grenzschutzpolizei hat 91 in einem Lastwagen eingepferchte Menschen gefunden, die auf der Flucht nach Westeuropa waren. Die Behörden teilten am Dienstag mit, dass die aus dem Irak und Syrien Geflüchteten in dem Lastwagen die Grenze zwischen Rumänien und Ungarn überqueren wollten. In dem türkischen Fahrzeug, das Automobileteile transportierte, fand die Polizei auch 29 Kinder. Rumänien ist seit 2015 ein zentralen Durchgangsland für Menschen, die nach Westeuropa fliehen wollen.

Entscheidung über Referendum verschoben

EDINBURGH (AFP) - Die schottische Regierungschefin Nicola Sturgeon hat die Vorbereitungen für ein zweites Referendum über die Unabhängigkeit Schottlands verschoben. „Wir werden das Gesetz für ein Unabhängigkeitsreferendum nicht jetzt sofort einbringen“, sagte Sturgeon. Sie wolle das Ergebnis der Brexit-Verhandlungen abwarten, die Entscheidung über ein neues Referendum solle im Herbst 2018 fallen.



Nicola Sturgeon FOTO: AFP

Türkei beschlagnahmt uralte Kirchen

Mehr als 50 Stätten der Aramäer betroffen – Kritiker sehen in dem Vorgehen der Behörden das letzte Glied einer langen Kette von Enteignungen

Von Susanne Güsten

ISTANBUL - Der türkische Staat hat mehrere Dutzend frühchristliche Kirchen und Kloster in Südostanatolien beschlagnahmt und teilweise in den Besitz seines islamischen Religionsamtes überführt. Das bestätigte das Gouverneursamt der Provinz Mardin gegenüber der türkischen Presse, nachdem der Stiftungsrat des syrisch-orthodoxen Klosters Mor Gabriel Alarm geschlagen hatte. Nach Angaben der Gemeinde handelt es sich um mindestens 50 Klöster, Kirchen und Friedhöfe der syrisch-orthodoxen Christen, die seit der Zeit der Apostel dort leben und auch Aramäer oder Assyrer genannt werden. Kritiker sehen in der Aktion das letzte Glied einer langen Kette von Enteignungen der Christen von Anatolien.

Die Aramäer zählen zu den ältesten christlichen Völkern der Welt. Ihr Siedlungsgebiet in Südostanatolien, der Tur Abdin, ist von Hunderten uralten Kirchen und Klöstern übersät, von denen einige seit über eineinhalb Jahrtausenden genutzt werden. Das bekannteste Kloster, Mor Gabriel bei Midyat, stammt aus dem Jahr 397 und ist bis heute Bischofssitz. Von Armut, Unterdrückung und dem Krieg zwischen türkischem Staat und kurdi-

schen Rebellen aus ihrem Siedlungsgebiet vertrieben, leben die meisten Aramäer heute in Westeuropa, vor allem in Deutschland und Schweden. Im Tur Abdin selbst verbleiben nur noch knapp 2000 Christen, die sich nach Kräften um ihre Kirchen und Klöster kümmern; auch die europäische Diaspora trägt mit Millionensummen zur Pflege bei.

Tausende Aramäer waren schon in den vergangenen 15 Jahren vom türkischen Staat enteignet worden, der ihren während des PKK-Krieges verwahten Grundbesitz für herrenlos erklärte und verstaatlichte. Nun kommt die Enteignung zahlreicher Kirchen und Klöster im Tur Abdin dazu, die von den Behörden mit verwaltungsrechtlichen Vorschriften erklärt



Der Stiftungsrat des Klosters Mor Gabriel ist alarmiert. FOTO: DPA

wird, aber im Kern auf die Tatsache zurückgeht, dass den Kirchen in der Türkei keine Rechtspersönlichkeit zugestanden wird und die christlichen Gemeinden praktisch rechtlos sind.

Dem Schatzamt überschrieben

Weil die Kirchen mangels Rechtspersönlichkeit keinen Besitz haben dürfen, werden ihre Liegenschaften üblicherweise von Stiftungen verwaltet, die zu diesem Zweck gegründet werden. Nachdem auch diesen Stiftungen im 20. Jahrhundert zeitweise das Besitzrecht abgesprochen wurde, waren viele Kirchen im Tur Abdin damals in das Eigentum der Dörfer überführt worden. Im Zuge einer verwaltungstechnischen Umstrukturierung in der Provinz Mardin wurden diese Dörfer kürzlich zu Landkreisen aufgewertet und dürfen daher keinen Dorfbesitz mehr führen. Ihr Besitz wurde daher dem Schatzamt überschrieben, wie das Gouverneursamt von Mardin bestätigte. Weil es sich bei den Kirchen um „Gotteshäuser“ handele, seien sie dem Religionsamt zur Verfügung gestellt worden.

Das staatliche Religionsamt der Türkei ist allerdings ausschließlich für den sunnitischen Islam zuständig. Mit der Verfügungsgewalt über die Kirchen könne die Behörde nun jahr-

tausendaltes christliches Kulturerbe verkaufen, zu Museen erklären oder in Moscheen umwandeln, warnte der Bundesverband der Aramäer in Deutschland. Der Stiftungsrat von Mor Gabriel kündigte an, gegen die Enteignungen vor Gericht zu gehen. Die Aussichten auf eine Rückgabe an Kirchen oder Gemeinden sind schlecht. Die CDU-Europaabgeordnete Renate Sommer sprach von einer „überfallartigen“ Verstaatlichung der Kirchen. Offenbar gehe es dem türkischen Staat darum, die Minderheit der Aramäer „regelrecht auszulöschen“.

Damit nähert sich die Enteignung der Christen von Anatolien und die „Türkifizierung“ des Landes nach hundert Jahren der Völkermord. Begonnen hatte sie 1915 mit der Enteignung und Vertreibung der Armenier, deren beschlagnahmter Besitz an muslimische Unternehmer und Einwanderer umverteilt wurde. Fortgesetzt wurde sie 1922 mit der Vertreibung der anatolischen Griechen beim Bevölkerungsaustausch mit Griechenland und 1964 mit der Ausweisung der meisten verbliebenen Griechen von Istanbul. Mit den Aramäern wird nun das dritte und letzte christliche Volk enteignet, das schon vor Ankunft der Türken in Anatolien ansässig war.

Türkei verstärkt Suche nach Regierungskritikern

Deutsche Sicherheitsbehörden sollen auf Drängen der Türkei verstärkt gegen Kritiker wie Anhänger der Gülen-Bewegung vorgehen. Zu diesem Zweck sollen türkische Behörden zuletzt weitere Listen mit entsprechenden Angaben übermittelt haben, wie die Zeitung „Die Welt“ berichtet. Die Regierung von Staatschef Recep Tayyip Erdogan macht Fethullah Gülen für den Putschversuch in der Türkei verantwortlich. Dem Bundesinnenministerium sei „eine mittlere einstellige Anzahl“ solcher Listen zu Personen und Organisationen (Firmen) bekannt, erklärte ein Sprecher von Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU). Nach Durchsicht seien die Bundesländer informiert worden. Dem Landeskriminalamt Berlin liege eine 40-seitige Auflistung mit 72 Namen vor. Aus dem Innenministerium verlautete zum Umgang mit den Listen: Es werde versucht, die Personen zu lokalisieren, um sie durch die Landeskriminalämter zu sensibilisieren. „Repressive Maßnahmen wurden in keinem Fall ergriffen“, hieß es.

Die EU-Staaten nehmen fünfmal so viel Migranten aus der Türkei auf wie im Flüchtlingsabkommen mit Ankara vereinbart. Das berichtet die „Bild“-Zeitung unter Berufung auf die EU-Kommission. Danach wurden seit Inkrafttreten der Vereinbarung am 20. März 2016 insgesamt 1210 Migranten, die über die Türkei auf die griechischen Inseln gelangt sind, in die Türkei zurückgeschickt. Im gleichen Zeitraum haben die EU-Staaten 6254 Syrer aus der Türkei auf 15 EU-Länder verteilt. 2270 davon kamen nach Deutschland. Auf jeden Griechenland-Rückkehrer wurden somit fünf Türkei-Flüchtlinge in die EU umgesiedelt. Vereinbart war aber ein 1:1-Verfahren. Im Abkommen heißt es: „Für jeden von den griechischen Inseln in die Türkei rückgeführten Syrer wird ein anderer Syrer aus der Türkei in der EU angesiedelt.“ Als Hauptursache für den schleppenden Rücktransport von Flüchtlingen in die Türkei nennt der Bericht der EU-Kommission die „langsamem“ Asylverfahren in Griechenland. (dpa/KNA)